



## ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

**Amt/Eigenbetrieb:**

Fachbereich des Oberbürgermeisters

**Beteiligt:**

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

**Betreff:**

Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH  
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages

**Beratungsfolge:**

19.05.2015 Kommission für Beteiligungen und Personal  
28.05.2015 Haupt- und Finanzausschuss

**Beschlussfassung:**

Haupt- und Finanzausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.



## Kurzfassung

entfällt

## Begründung

Seitens der Geschäftsführung der Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH wurde in den Sitzungen der Gesellschafterversammlungen mehrfach deutlich gemacht, dass bedingt durch die Problematik der Verkehrssicherungspflicht an der Staumauer sowie der Gewährleistung der Sicherheit der Badegäste am See der bisherige Gesellschafterzuschuss auf Dauer nicht ausreichen wird.

Im Jahr 2012 hat sich an der Glörtalsperre ein Badeunfall mit Todesfolge ereignet. Untersuchungen haben ergeben, dass die Gesellschaft kein Verschulden an diesem Unfall trägt, da an dem Unfalltag Badeverbot bestand. Aufgrund dieses Unfalls hat die Geschäftsführung der FSG jedoch eine Ausweitung der Überwachung des Badetriebes durch die DLRG für dringend notwendig erachtet und dementsprechend gehandelt. Hierdurch entstehen erhöhte Kosten, die nach den notwendigen Einsätzen variieren.

Die zusätzlichen Gesamtkosten für diese beiden Maßnahmen belaufen sich auf insgesamt 25.000 €, so dass der jährliche Bedarf an Zuschüssen der Gesellschafter auf insgesamt 125.000 € steigt.

Zurzeit ist allerdings gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der jährliche Bedarf an Zuschüssen der Gesellschafter auf 200.000 DM = 102.258,38 € begrenzt. Der Anteil des Zuschusses, der nach dieser Regelung von der Stadt Hagen zu tragen ist, entspricht dem Gesellschaftsanteil von 8 % (= 8.180 €). Der Anteil des Zuschusses der Stadt Hagen erhöht sich durch die zusätzlichen Gesamtkosten um 1.820 € auf insgesamt 10.000 €.

In der Sitzung der Gesellschafterversammlung am 24.4.2015 hat die Mehrheit (92 %) der Gesellschafter der notwendigen Anpassung des § 7 des Gesellschaftsvertrages für die „Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH“ zugestimmt. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt Hagen hat der Vertreter der Stadt Hagen in der Gesellschafterversammlung gegen die Änderung des Gesellschaftsvertrages und damit gegen die zusätzliche finanzielle Belastung gestimmt.

### Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 8 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages für die „Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH“ bedarf die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zustimmung von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen.

Als Anlage ist eine Synopse des Gesellschaftsvertrages für die „Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH“ beigefügt. Neben der Zuschusserhöhung ergeben sich die in der Gegenüberstellung kenntlich gemachten Änderungen, die im Wesentlichen aus geänderten gesetzlichen Vorgaben der Gemeindeordnung NRW resultieren.



## Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen folgende finanzielle und personelle Auswirkungen

### Maßnahme

☒ konsumtive Maßnahme

### Rechtscharakter

☒ Vertragliche Bindung

## 1. Konsumtive Maßnahme

Teilplan:	5511	Bezeichnung:	Kleingärten und Naherholungsgebiete
Produkt:	1.55.11.05	Bezeichnung:	Abwicklung Glörtalsperre
Kostenstelle:		Bezeichnung:	

	Kostenart	Lfd. Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3
Ertrag (-)		€	€	€	€
Aufwand (+)	531300	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Eigenanteil		€	€	€	€

### Kurzbegründung:

- ☒ Finanzierung ist im lfd. Haushalt bereits eingeplant/gesichert
- ☐ Finanzierung kann ergebnisneutral (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung) gesichert werden.
- ☐ Finanzierung kann nicht gesichert werden (der Fehlbedarf wird sich erhöhen)

gez.

(Erik O. Schulz, Oberbürgermeister)

Bei finanziellen Auswirkungen:

gez.

Christoph Gerbersmann  
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



## Verfügung / Unterschriften

### Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Oberbürgermeister

Gesehen:

\_\_\_\_\_  
Erster Beigeordneter  
und Stadtkämmerer

\_\_\_\_\_  
Stadtsyndikus

\_\_\_\_\_  
Beigeordnete/r

**Amt/Eigenbetrieb:**

Fachbereich des Oberbürgermeisters

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

**Die Betriebsleitung  
Gegenzeichen:**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**

**Amt/Eigenbetrieb:**

**Anzahl:**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**GESELLSCHAFTSVERTRAG**

DER

**FREIZEITSCHWERPUNKT GLÖRTALSPERRE GMBH**

IN DER FASSUNG VOM 30.04.2010

**§ 1**

**Rechtsform, Firma und Sitz der Gesellschaft**

- (1) Das Unternehmen ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- (2) Die Firma der Gesellschaft lautet:  
**Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH**
- (3) Sitz der Gesellschaft ist Essen.

**§ 2**

**Gegenstand des Unternehmens**

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist  
– der Betrieb des „Freizeitschwerpunktes Glörtalsperre“.  
  
Mit der Errichtung bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sports und der Erholung der im regionalen Einzugsbereich wohnenden Bevölkerung.
- (2) Der Freizeitschwerpunkt umfasst die in einem Lageplan vom 09.11.2000 farbig umrandeten Gebiete. Der Lageplan ist Bestandteil dieses Gesellschaftsvertrages und allen Gesellschaftern bekannt. Auf eine Beifügung wird von den Gesellschaftern verzichtet.
- (3) Die dargestellte Fläche einschließlich der Staumauer wird der Gesellschaft im Rahmen eines Besitzüberlassungsvertrages übertragen. In dem Vertrag werden die Verkehrssicherungspflicht, die Bewirtschaftung, die Unterhaltung und die Nutzungsrechte zur Entwicklung des Freizeitbereiches festgeschrieben.

**GESELLSCHAFTSVERTRAG**

DER

**FREIZEITSCHWERPUNKT GLÖRTALSPERRE GMBH**

IN DER FASSUNG -----

*unverändert*

*unverändert*

<p>unverändert</p> <p>unverändert</p> <p>unverändert</p>	<p><b>§ 3</b> ersatzlos aufgehoben</p> <p><b>§ 4</b> Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr</p> <p>(1) Der Gesellschaftsvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.</p> <p>(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.</p> <p><b>§ 5</b> Stammkapital</p> <p>Das Stammkapital beträgt 25.000,00 € (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro) und setzt sich aus 100 Gesellschaftsanteilen zu je 250,00 € zusammen.</p> <p>Hievon übernehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– der Regionalverband Ruhr (RVR) eine Stammeinlage von</li> <li>– der Ennepe-Ruhr-Kreis eine Stammeinlage von</li> <li>– der Märkische Kreis eine Stammeinlage von</li> <li>– die Stadt Hagen eine Stammeinlage von</li> <li>– die Stadt Breckfeld eine Stammeinlage von</li> <li>– die Gemeinde Schalksmühle eine Stammeinlage von</li> <li>– die Stadt Halver eine Stammeinlage von</li> <li>– eine Stammeinlage von</li> </ul> <p>12.750,00 € (51 %)</p> <p>6.250,00 € (25 %)</p> <p>2.000,00 € (8 %)</p> <p>2.000,00 € (8 %)</p> <p>1.000,00 € (4 %)</p> <p>750,00 € (3 %)</p> <p>250,00 € (1 %)</p>
--	---

**§ 6**  
**Abtretung von Geschäftsanteilen**

- (1) Jeder Gesellschafter darf seine Anteile an Mitgesellschafter abtreten.
- (2) Die Abtretung von Geschäftsanteilen an Nichtgesellschafter bedarf der einstimmigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

**§ 7**  
**Gesellschaftliche Nebenverpflichtungen**

- (1) An dem durch Einnahmen nicht gedeckten Geschäfts-, Betriebs- und Unterhaltungsaufwand beteiligen sich die Gesellschafter wie folgt:

– Regionalverband Ruhr	51 %
– Ennepe-Ruhr-Kreis	25 %
– Märkischer Kreis	8 %
– Stadt Hagen	8 %
– Stadt Breckerfeld	4 %
– Gemeinde Schalksmühle	3 %
– Stadt Halver	1 %

Der jährliche Bedarf an Zuschüssen der Gesellschafter wird auf maximal 100.000,00 € begrenzt.

- (2) Die Zuschüsse sind der Gesellschaft zum 15.02. eines Jahres zu überweisen.

**§ 8**  
**Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind

- die Gesellschafterversammlung,
- die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen.

*unverändert*

**§ 7**  
**Gesellschaftliche Nebenverpflichtungen**

- (1) An dem durch Einnahmen nicht gedeckten Geschäfts-, Betriebs- und Unterhaltungsaufwand beteiligen sich die Gesellschafter wie folgt:

– Regionalverband Ruhr	51 %
– Ennepe-Ruhr-Kreis	25 %
– Märkischer Kreis	8 %
– Stadt Hagen	8 %
– Stadt Breckerfeld	4 %
– Gemeinde Schalksmühle	3 %
– Stadt Halver	1 %

Der jährliche Bedarf an Zuschüssen der Gesellschafter wird auf maximal **125.000,00 €** begrenzt.

- (2) *unverändert*

*unverändert*



<p><b>§ 10</b> <b>Gesellschafterversammlung</b></p> <p>(1) <i>unverändert</i></p>	<p><b>§ 9</b> <b>Geschäftsführer</b></p> <p>(1) Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen; davon stellt einen Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin der Regionalverband Ruhr aus dem Kreis seiner Bediensteten, der zweite Geschäftsführer/die zweite Geschäftsführerin wird von den übrigen kommunalen Gesellschaftern benannt.</p> <p>(2) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen sind nebenamtlich tätig.</p> <p>(3) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen erhalten für ihre Tätigkeit eine von der Gesellschafterversammlung festzusetzende Vergütung. Die Reisekostenvergütung erfolgt nach Reisekostenstufe „C“ des Landesreisekostengesetzes NW.</p> <p>(4) Das Recht zur Abberufung eines Geschäftsführers/einer Geschäftsführerin steht demjenigen zu, der ihn bestellt hat.</p> <p><b>§ 10</b> <b>Gesellschafterversammlung</b></p> <p>(1) Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch einen/eine von ihnen entsandten Vertreter/Vertreterin vertreten. Die Vollmachten zur Vertretung und Ausübung des Stimmrechts sind schriftlich zu erteilen. Jeder Gesellschafter hat für je 250,00 € eines Geschäftsanteils eine Stimme.</p> <p>Danach ergibt sich folgende Stimmenverteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Regionalverband Ruhr 51 Stimmen</li> <li>– Ennepe-Ruhr-Kreis 25 Stimmen</li> <li>– Märkischer Kreis 8 Stimmen</li> <li>– Stadt Hagen 8 Stimmen</li> <li>– Stadt Breckefeld 4 Stimmen</li> <li>– Gemeinde Schalksmühle 3 Stimmen</li> <li>– Stadt Halver 1 Stimme</li> </ul>
---	--



(2) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung übernimmt der Vertreter/die Vertreterin des Mehrheitsgesellschafters.  
Außer den Vertretern/Vertreterinnen der Gesellschafter nehmen an der Gesellschafterversammlung zur Erteilung von Auskünften und zur Beratung die Geschäftsführer/ Geschäftsführerinnen teil. Sie sind zu jeder Versammlung einzuladen. Gesellschaftsfremde (z. B. Sachverständige) können auf Beschluss der Gesellschafterversammlung zugelassen werden.

(3) Eine ordentliche Gesellschafterversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. In dieser Gesellschafterversammlung ist Beschluss zu fassen über die Entlastung der Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen.

(4) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind einzuberufen, so oft es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

(5) Jeder Gesellschafter hat das Recht, eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen auf seinen/ihren die Angabe des Zwecks und der Gründe enthaltenen Antrag die Einberufung ablehnen oder binnen vier Wochen nach Eingabe des Antrages die Gesellschafterversammlung nicht einberufen haben.

(6) Die Gesellschafterversammlung ist schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung durch die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen einzuberufen. Zwischen dem Tag der Absendung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von mindestens vierzehn Tagen liegen, wobei weder der Tag der Absendung, noch der Tag, an dem die Gesellschafterversammlung stattfindet, mitzurechnen sind.

(2) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung übernimmt der Vertreter/die Vertreterin des Mehrheitsgesellschafters. Außer den Vertretern/Vertreterinnen der Gesellschafter nehmen an der Gesellschafterversammlung zur Erteilung von Auskünften und zur Beratung die Geschäftsführer/ Geschäftsführerinnen teil. Sie sind zu jeder Versammlung einzuladen. Gesellschaftsfremde (z. B. Sachverständige) können auf Beschluss der Gesellschafterversammlung zugelassen werden. **Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen benannten Vertreter/innen vertreten. Der Gesellschafter RVR wird durch eine von der Verbandsversammlung des RVR bestellte Person vertreten. Vertreter/innen der städtischen Gesellschafter bzw. der Gesellschafter der Kreise werden durch ein vom Rat / vom Kreistag bestelltes Mitglied vertreten. Der/Die Vertreter/in der Städte, der Kreise und des RVR sind an die Beschlüsse des Rates, des Kreistages und der Verbandsversammlung und seiner/ihrer Ausschüsse gebunden. Auf Beschluss des Rates/des Kreistages/der Verbandsversammlung hat er/sie sein/ihr Amt jederzeit niederzulegen.**

(3) **unverändert**

(4) **unverändert**

(5) **unverändert**

(6) **unverändert**

	(7) <i>unverändert</i>					(7) Die Gesellschafterversammlung beschließt über
						<ul style="list-style-type: none"> <li>– die Änderung des Gesellschaftsvertrages,</li> <li>– die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses unter Zugrundelegung des § 29 GmbH-Gesetz,</li> <li>– die Entlastung der Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen,</li> <li>– den jährlichen Wirtschafts- und Betriebsplan,</li> <li>– die Festsetzung einer an die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen zu zahlenden Aufwandsentschädigung,</li> <li>– die Bestellung eines Wirtschaftsprüfers/einer Wirtschaftsprüferin oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Prüfung des Jahresabschlusses,</li> <li>– die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Gegenstand nicht eine Angelegenheit der laufenden Geschäftsführung darstellt,</li> <li>– die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen,</li> <li>– die Auflösung der Gesellschaft,</li> <li>– die Angelegenheiten, die die Gesellschafterversammlung für Zustimmungspflichtig erklärt.</li> </ul>
			(8) <i>unverändert</i>			<p>Der von der Gesellschafterversammlung zu beschließende Wirtschafts- und Betriebsplan bedarf der Mehrheit von mindestens 3/4 der abgegebenen Stimmen. Die Auflösung der Gesellschaft und die Änderung des Gesellschaftsvertrages bedürfen der Zustimmung von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen. Die Auflösung der Gesellschaft ist gemäß § 18 nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.</p> <p>Alle übrigen Entscheidungen der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht das Gesetz oder dieser Vertrag etwas anderes bestimmen.</p>
			(9) <i>unverändert</i>			<p>Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn ¼ der vorhandenen Geschäftsanteile vertreten sind.</p>
		(10) <i>unverändert</i>				<p>Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die innerhalb von vier Wochen stattfinden muss. Diese Gesellschafterversammlung ist ohne</p>



<p>Rücksicht auf die Zahl der vertretenden Stimmen beschlussfähig; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.</p> <p>(11) In der Gesellschafterversammlung ist, soweit nicht notarielle Beurkundung erfolgen muss, ein Protokoll anzufertigen. Der Schriftführer/die Schriftführerin wird durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende bestimmt.</p> <p>(12) Das Protokoll soll enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Tag, Ort und Dauer der Versammlung,</li> <li>– Namen der Anwesenden sowie Geschäftsanteile und Zahl der Stimmen der vertretenen Gesellschafter,</li> <li>– Tagesordnung und Anträge,</li> <li>– das Ergebnis der Abstimmung sowie den Wortlaut der gefassten Beschlüsse,</li> <li>– Angaben über Erledigung sonstiger Anträge.</li> </ul> <p>(13) Das Protokoll ist von dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden und dem Schriftführer/der Schriftführerin binnen eines Monats nach der Gesellschafterversammlung zu unterschreiben und in Abschrift jedem Gesellschafter und jedem/jeder von den Gesellschaftern in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter/Vertreterin zu übersenden.</p> <p>(14) Einsprüche oder Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls müssen spätestens innerhalb eines Monats nach Empfang des Protokolls bei der Gesellschaft geltend gemacht werden. Über die Einsprüche und Einwendungen entscheidet die nächste Gesellschafterversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit.</p> <p>(15) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können nur innerhalb einer Frist von zwei Monaten seit der Beschlussfassung angefochten werden. Die Anfechtungsfrist ist nur gewährt, wenn innerhalb der Frist Klage erhoben wird.</p>	<p>(11) <b>unverändert</b></p> <p>(12) <b>unverändert</b></p> <p>13) Das Protokoll ist von dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden und dem Schriftführer/der Schriftführerin <del>binnen eines Monats</del> <b>unverzüglich</b> nach der Gesellschafterversammlung zu unterschreiben und in Abschrift jedem Gesellschafter und jedem/jeder von den Gesellschaftern in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter/Vertreterin zu übersenden.</p> <p>(14) <b>unverändert</b></p> <p>(15) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können nur innerhalb einer Frist von <del>zwei Monaten seit der Beschlussfassung</del> <b>einem Monat nach Empfang des Protokolls</b> angefochten <b>und bei der Gesellschaft geltend gemacht</b> werden. Die Anfechtungsfrist ist nur gewährt, wenn innerhalb der Frist Klage erhoben wird.</p>
--	--

<p>(16) <i>unverändert</i></p> <p><b>§ 11</b> <b>Wirtschaftsführung</b></p> <p>(1) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen haben dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft, insbesondere ihre gemeinnützige Zielsetzung, gewährleisten. Die Bestimmungen der Abgabenordnung vom 16.03.1976 (BGBl. I 1976, 613) 2. Teil 3. Abschnitt hinsichtlich der Gemeinnützigkeit in der jeweils gültigen Fassung sind einzuhalten. Die Gesellschaft ist verpflichtet nach den Wirtschaftsgrundätzen im Sinne des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.</p> <p>(2) <i>unverändert</i></p> <p><b>§ 12</b> <b>Lagebericht, Jahresabschluss</b></p> <p>(1) <i>unverändert</i></p>	<p>(16) <i>unverändert</i></p> <p>Gesellschafterbeschlüsse können - mit Ausnahme einer Satzungsänderung - , wenn alle Gesellschafter mit diesem Verfahren einverstanden sind, auch telefonisch, telegraphisch, schriftlich, per Fax oder mündlich ohne förmliche Geschäftsleiterversammlung gefasst werden. Voraussetzung für die Rechtswirksamkeit dieser Beschlüsse ist, dass sie von der Geschäftsführung allen Gesellschaftern gegenüber schriftlich bestätigt werden und dieser Bestätigung nicht binnen Wochenfrist mit mindestens 25 % aller Stimmen widersprochen wird.</p> <p>(1) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen haben dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft, insbesondere ihre gemeinnützige Zielsetzung, gewährleisten. Die Bestimmungen der Abgabenordnung vom 16.03.1976 (BGBl. I 1976, 613) 2. Teil 3. Abschnitt hinsichtlich der Gemeinnützigkeit in der jeweils gültigen Fassung sind einzuhalten.</p> <p>(2) Die Geschäftsführung stellt jedes Jahr rechtzeitig einen Wirtschafts- und Betriebsplan für das folgende Geschäftsjahr auf.</p> <p><b>§ 12</b> <b>Lagebericht, Jahresabschluss</b></p> <p>(1) Spätestens innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres haben die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen und unverzüglich dem Abschlussprüfer/der Abschlussprüferin vorzulegen.</p>
---	---



- (2) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen haben der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie zum Zwecke der Feststellung des Jahresabschlusses den Prüfungsbericht unverzüglich nach Eingang vorzulegen.
- (3) Über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließt die Gesellschafterversammlung innerhalb der im Gesetz hierfür vorgesehenen Frist.
- (4) Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist verpflichtet, die in § 53 Abs. 1 bis 3 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) genannte Prüfung und Berichterstattung zu veranlassen und den Prüfungsbericht an die Gesellschafter zu übersenden.
- (5) Die Rechnungsprüfungsämter der Gesellschafter können die Befugnisse nach § 54 HGrG i. V. mit § 44 HGrG wahrnehmen. Weiterhin werden den Rechnungsprüfungsämtern die Befugnisse nach § 103 der Gemeindeordnung NW (GO NW) eingeräumt.

### § 13

#### Unübertragbarkeit von Ansprüchen

Ansprüche der Gesellschafter gegen die Gesellschaft, gleich aus welchen Rechtsgründen sie hergeleitet werden können, sind nicht auf Dritte übertragbar.

### § 14

#### Gleichstellung von Mann und Frau

Für die Gesellschaft findet das Landesgleichstellungsgesetz NW in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

- (2) Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen haben der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie zum Zwecke der Feststellung des Jahresabschlusses den Prüfungsbericht unverzüglich nach Eingang vorzulegen. ***Im Lagebericht ist zur Einhaltung der öffentlichen Zweckbestimmung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen. In den Anhang zum Jahresabschluss sind die in § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vorgeschriebenen Angaben aufzunehmen. Dies gilt erstmals für den Anhang des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2011. Hinsichtlich der Bekanntmachung und Offenlegung ist § 108 Abs. 3 Nr. 1 c Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zu beachten.***

(3) ***unverändert***

(4) ***unverändert***

(5) ***unverändert***

***unverändert***

***unverändert***

<b>§ 15</b> <b>Gerichtsstand</b>	<b>unverändert</b>
Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Essen vorgesehen.	
<b>§ 16</b> <b>Ergänzungen und Änderungen des Vertrages</b>	<b>unverändert</b>
Nach Ablauf der ersten zwei Geschäftsjahre ist dieser Vertrag auf Ergänzungen und Änderungen zu überprüfen.	
<b>§ 17</b> <b>Kündigung</b>	<b>unverändert</b>
Der Gesellschaftsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, kann jedoch frühestens zum 31.12.2010 unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündigt werden; die Kündigung muss durch eingeschriebenen Brief an die Gesellschaft zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden.	
<b>§ 18</b> <b>Ausscheiden eines Gesellschafters</b>	<b>unverändert</b>
Die Mitglieder erhalten im Falle ihres Ausscheidens oder bei Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als das eingezahlte Stammkapital.	
<b>§ 19</b> <b>Auflösung</b>	<b>unverändert</b>
Im Falle der Auflösung der Gesellschaft muss das über die eingezahlten Einlagen hinaus vorhandene Vermögen ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke im Bereich der Geschäftstätigkeit verwendet werden.	
Die Gesellschaft kann mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen auf- gelöst werden.	

In diesem Fall muss ein anderer Träger in alle rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen zur Unterhaltung der Talsperre eintreten oder ein Stilllegungsverfahren muss nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgreich abgeschlossen und der Planfeststellungsbeschluss umgesetzt worden sein.

**§ 20  
Gültigkeitsklausel**

Sollte irgendeine Bestimmung dieses Vertrages rechtsungültig sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Gesellschafter sind vielmehr verpflichtet, die betreffende Bestimmung durch eine andere dem satzungsgemäßen Zweck entsprechende Regelung zu ersetzen.

**§ 21  
Kosten**

Die Kosten dieses Vertrages und die Kosten der handelsgerichtlichen Eintragung der Gesellschaft und der Bekanntmachung sowie die Kosten der Gründungsberatung trägt die Gesellschaft als Gründungskosten bis zu einem Betrag von 3.000,00 DM.

*unverändert*

**§ 21  
Kosten**

*Entfällt ersatzlos*



